

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie am 13.09.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Live-Stream von Ratsitzungen ("Rats-TV") - hier: Evaluation, zusätzlich: Anforderungen und Auswirkungen durch neu geschaffene Rechtsgrundlagen (Digitalsitzungsverordnung) Vorlage: BJ/0576/2022	4
3 Sachstand Kommunalportal.NRW Vorlage: ZD/0586/2022	5
4 Ergebnis Projektgruppe Digitalstrategie Vorlage: ZD/0590/2022	6
5 Sachstand Digitaler Zwilling Vorlage: ZD/0587/2022	8
6 Anträge	8
7 Anfragen	8
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
9 Termin der nächsten Sitzung: 30.11.2022	9
10 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:11 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Karl Trautmann Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Markus Frank
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	anwesend ab 17.02 Uhr
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Stefan Mosch
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Berna Giousouf
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Jonas Kräling
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	anwesend ab 17.06 Uhr
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Jörg Wartchow

von der SPD-Fraktion

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Dirk Müller Vertretung für Herrn Marc Becker

von der Verwaltung

Herr Christian Bommers Bürgermeister

Herr Manfred Dohmen Zentrale Dienste

Frau Juliana Heymanns

Herr Niklas Loerper

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro des Bürgermeisters
und Justizariat

Schriftführerin

Frau Sandra Kemper

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

Frau Berna Giousouf

Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

Herr Stefan Mosch

Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Trautmann fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist und begrüßt Bürgermeister Bommers und alle Teilnehmenden.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass die SPD-Fraktion verwundert sei, dass die Vorlage zu TOP 4 lediglich als Informationsvorlage veröffentlicht wurde. Es besteht die Vorgabe, dass der Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie über die Durchführung der Projekte entscheiden muss. Somit muss zwingend ein Beschluss erfolgen.

CDO Dohmen führt aus, dass aufgrund der Ergebnisse der Sitzungen der Projektgruppe zunächst eine Beschlussvorlage, die auch die Kosten für die geplanten Projekte enthielt, erstellt wurde. Dieser Beschlussvorlage hat der Kämmerer jedoch seine Zustimmung verweigert. Zur Begründung verwies der Kämmerer darauf, dass ein Ausschuss den Haushaltsberatungen im Rat nicht vorgreifen darf. Eine Beschlussfassung durch den Ausschuss wird nachgeholt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fordert, dass ein Beschluss erfolgen muss, da sonst die Arbeit an der Umsetzung der Projekte nicht beginnen kann.

Ratsfrau Driesel spricht sich dafür aus, die fachlichen Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Projekte im Ausschuss zu besprechen und die Fragen zu den Kosten nach Abschluss der Haushaltsberatungen zu beschließen.

Ausschussvorsitzender Trautmann erläutert, dass die die Vorlage zu TOP 4 im ersten Entwurf eine Beschlussvorlage war. Im Laufe der Bearbeitung wurde vereinbart, dass erst inhaltlich über die Projekte gesprochen werden soll und nach Abschluss der Haushaltsberatungen die finanziellen Aspekte besprochen werden.

CDO Dohmen erläutert die geplante Vorgehensweise der Verwaltung und empfiehlt im November über eine Beschlussvorlage abzustimmen.

Ausschussvorsitzender Trautmann erklärt, dass die Verwaltung Fragen zum Thema Kosten der geplanten Projekte beantworten wird. Es wird zu TOP 4 über eine Beschlussempfehlung abgestimmt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2 Live-Stream von Ratssitzungen ("Rats-TV") - hier: Evaluation, zusätzlich: Anforderungen und Auswirkungen durch neu geschaffene Rechtsgrundlagen (Digitalsitzungsverordnung) Vorlage: BJ/0576/2022

Justiziar Dr. Saturra erläutert anhand der Informationsvorlage die Nutzerzahlen des „Rats-TV“ und das weitere Vorgehen nach erfolgter Evaluierung. Aus Sicht der Verwaltung besteht kein Handlungsbedarf. Das bisherige Vorgehen (keine Speicherung der Ratssitzungen, keine Abrufbarkeit im Internet) im Zusammenhang mit der Übertragung der Ratssitzungen wird beibehalten.

Justiziar Dr. Saturra verweist auf die im April 2022 geänderte Gemeindeordnung NRW. Durch diese Änderung werden neue Übertragungswege für Rats- und Ausschusssitzungen geschaffen.

Es sind nun digitale und hybride Sitzungen möglich. Allerdings erfordert dies die Nutzung eines zertifizierten Verfahrens. Eine Zertifizierung liegt jedoch noch nicht vor, da derzeit keine Anwendung die technischen Voraussetzungen leisten kann.

Justiziar Dr. Saturra führt aus, dass die in der Gemeindeordnung NRW geschaffenen Übertragungsmöglichkeiten teilweise noch in der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch verankert werden müssen. Sobald dies erfolgt ist, kann der Rat in Ausnahmefällen auch digital tagen. Ausschüsse entscheiden selbst über eine mögliche digitale Form der Sitzung. Jedoch muss auch dies noch in der Hauptsatzung festgelegt werden. Das Rats-TV soll zunächst solange weiterlaufen, bis die Voraussetzungen für eine digitale Übertragung geschaffen sind.

Ratsherr Weyen begrüßt die Übertragung der Ratssitzungen und weist zugleich auf die doch sehr geringen Nutzerzahlen hin.

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass einzelne Ratsmitglieder selbst im Rats-TV die Sitzungen verfolgen und sich somit noch niedrigere Zuschauerzahlen ergeben.

Ratsherr Damblon rät zur Geduld und führt aus, dass sich das Angebot erst noch entwickeln und etablieren muss.

Sachkundiger Bürger Müller verweist darauf, dass an der Ratsarbeit interessierte Bürger*innen der Seite der Stadt auf Facebook folgen, anstatt sich die Ratssitzungen in Rats-TV anzusehen. Es wird eine Übertragung der Sitzungen in den sozialen Medien gewünscht, umso den Kreis der Zuschauenden zu erweitern. Auch vermisst er Hinweise auf Facebook über bevorstehende Übertragung der Ratssitzungen.

Bürgermeister Bommers erklärt, dass durch Herrn Burkhardt (Referat für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit) auf Social Media Kanälen Werbung für Rats-TV gemacht wird.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weist darauf hin, dass möglicherweise der Sitzungsbeginn höhere Zuschauerzahlen verhindert. Interessierte Zuschauende haben berufsbedingt vielleicht nicht die Möglichkeit, schon um 17.00 Uhr die Sitzungen zu verfolgen. Eventuell werden durch eine Zustimmung zur Aufzeichnung weitere Personengruppen erreicht.

Justiziar Dr. Saturra erklärt, dass die Frage der Zustimmung nicht mehr relevant ist, wenn durch eine Änderung der Hauptsatzung eine Aufzeichnung der Ratssitzungen festgeschrieben wird. Dies erfordert eine 2/3-Mehrheit.

Ausschussvorsitzender Trautmann erhofft sich durch die Änderung den Aufbau einer „Meerbusch Mediathek“.

Herr Loerper erläutert anhand einer Präsentation die verschiedenen Projektphasen zum Aufbau des Kommunalportal.NRW. Aktuell läuft die Testphase. Das Go Live des Kommunalportal.NRW ist für den 01.12.2022 geplant.

Ratsfrau Driesel begrüßt, dass ein Zeitplan vorhanden ist. Nach dem OZG müssten bis Ende diesen Jahres 130 Services angeboten werden und für lediglich einen Service gibt es schon konkrete Umsetzungen. Es stelle sich die Frage der Umsetzbarkeit der restlichen 129 Services in diesem Jahr.

Herr Loerper bestätigt, dass die 130 Services angeboten werden müssen und erläutert, dass diese entweder durch die Verwaltung selbst erstellt werden oder eine Umsetzung durch das KDN erfolgen wird.

Ratsfrau Driesel merkt an, dass das OZG keine Konsequenzen für den Fall der Nichtumsetzung der geforderten Services vorsieht.

Ratsherr Weigele erklärt, dass die Mitteilung einer neuen Kontoverbindung digital sehr aufwändig ist und letztendlich nur analog, über den Ausdruck des entsprechenden Formulars, möglich war.

CDO Dohmen führt aus, dass die Formulare, die auf der städtischen Homepage abrufbar sind, noch in das Kommunalportal eingebunden werden., um der Verpflichtung aus dem OZG nachzukommen. Über eine Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss und dem KDN sollen Erfahrungen ausgetauscht und die Umsetzung vorangetrieben werden.

Ratsfrau Winter sieht, dass eine Zusammenarbeit mit vielen weiteren Beteiligten, die Umsetzung eher verzögern könne. Aber auch die Umsetzung in Eigenverantwortung ist ein Schritt zurück.

CDO Dohmen weist darauf hin, dass die Verwirklichung des Kommunalportals besser sei, als die Umsetzung des OZG über eine eigene Lösung. Auch einzelne Kommunen sind vom Rechenzentrum abhängig.

Ausschussvorsitzender Trautmann sieht in der digitalen Anforderung einer Dienstleistung nur einen Teil der Aufgabe als erledigt an. Ebenso wichtig ist, dass in der Verwaltung die Prozesse digitalisiert werden, die erfolgen müssen, nachdem ein*e Bürger*in einen Antrag digital eingereicht hat.

Justiziar Dr. Saturra erklärt, dass der Gesetzgeber Fristen setzt, die nicht eingehalten werden können. Die aus dem OZG für z.B. die ZPO oder der VwGO resultierenden Verpflichtungen werden erfüllt. Das Behördenpostfach wird genutzt, um Akten an die Gerichte zu versenden. Die digitale Arbeit innerhalb von Behörden klappt gut.

CDO Dohmen erläutert, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Live Version des Kommunalportals gezeigt wird.

4 Ergebnis Projektgruppe Digitalstrategie Vorlage: ZD/0590/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie empfiehlt, mit der Umsetzung der in der Vorlage aufgeführten Projekte zu beginnen. Dabei wird im Zuge der Haushaltsberatungen eine Priorisierung vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

CDO Dohmen erläutert die Informationsvorlage und den Ablauf der Beratungen der Projektgruppe. Die Entscheidungskriterien, die zur Auswahl der einzelnen Projekte geführt haben, werden dargestellt. Der CDO zeigt zudem eine Auflistung der Kosten, unter getrennter Darstellung der konsumtiven und investiven Kosten, die für die geplante Umsetzung der Projekte anfallen, die in der Projektgruppe ausgewählt wurden. Diese Auflistung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

CDO Dohmen erklärt, dass für die Umsetzung der Projekte, so wie von der Projektgruppe vorgeschlagen, Gelder benötigt werden, die erst im Haushalt des Jahres 2023 zur Verfügung stehen werden. Die Kosten können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret beziffert werden.

Ratsfrau Winter stimmt grds. der Umsetzung der Projekte zu. Allerdings ist eine Priorisierung notwendig. Zudem soll der Umsetzungszeitraum der einzelnen Projekte ausgedehnt werden, um so die angespannte Haushaltslage berücksichtigen zu können. Ratsfrau Winter erkundigt sich, welche Personalkosten bei der Umsetzung der Meerbusch-App anfallen.

CDO Dohmen erläutert, dass die Pflege der Meerbusch-App wahrscheinlich über das Personal des SZD IT-Servicemanagement erfolgen soll.

Ratsfrau Winter hält die Schaffung einer Meerbusch App für sinnlos, wenn die Pflege der Anwendung nicht durch entsprechendes Personal sichergestellt werden kann. Bei der Umsetzung des Projektes D sieht Ratsfrau Winter die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dr. Niehaves kritisch. Es wird bezweifelt, dass die geplante Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Projektes D einen Mehrwert einbringt.

CDO Dohmen stellt klar, dass die Workshopkosten, die bei der Umsetzung von Projekt D anfallen, nicht durch Prof. Dr. Dr. Niehaves entstehen, sondern für andere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung. Eine weitere Beauftragung von Prof. Dr. Dr. Niehaves ist nicht geplant.

Ratsfrau Winter schlägt vor, bei der Umsetzung des Projektes E andere Schwerpunkte zu setzen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung ergeben sich z.B. im Bereich Energiesparen bessere Anwendungsmöglichkeiten. Zudem möchte Ratsfrau Winter die Umsetzung des Projektes H auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, da nicht klar ist, was in einem digitalen Labor gezeigt werden soll.

Ratsherr Mocka erkundigt sich, in welcher Form das Projekt H umgesetzt werden soll. Es ist besser mit einem Angebot zum Bürger zu kommen. Dies kann durch die Nutzung eines Standes z.B. auf einem Bürgerfest geschehen. Die Umsetzung sollte lieber mobiler und situativer gestaltet werden, um auf verschiedene Zielgruppen unterschiedlich reagieren zu können.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes begrüßt, dass die Sitzungen der Projektgruppe stattgefunden haben. Die Terminplanung sei aber unglücklich gewesen, da die Termine in den Ferien stattgefunden haben. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass die Umsetzung der Meerbusch App wichtig ist, um so die digitale Teilhabe zu verbessern. Allerdings müssen die Informationen in der Meerbusch App stetig gepflegt werden. Die Erwartungen an die App sind hoch. Die Idee der Einrichtung einer Digital-Werkstatt wird von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes als gut bewertet. Allerdings ist fraglich, ob die Umsetzung in dieser Form erfolgen kann.

Ratsherr Damblon erklärt, dass die vorliegende Projektliste in Ordnung ist. Eine Priorisierung muss erfolgen. Die Akzeptanz für die einzelnen Projekte muss schrittweise wachsen. Bis die Bürgerschaft

dies annimmt, wird es einige Zeit dauern. Die Wartungs- und Pflegekosten für eine App dürfen nicht zu niedrig angesetzt werden.

Ratsherr Mocka fragt, was der Ausschuss nun beschließen soll.

Ausschussvorsitzender Trautmann befürwortet die Verabschiedung einer Beschlussempfehlung. Im Laufe der Haushaltsverhandlungen muss dies dann noch weiter konkretisiert werden.

Ausschussvorsitzender Trautmann dankt der Projektgruppe für die geleistete Arbeit.

5 Sachstand Digitaler Zwilling **Vorlage: ZD/0587/2022**

CDO Dohmen erläutert das weitere Vorgehen der Stadt Meerbusch an dem gemeinsamen Digitalisierungsprojekt „Aufbau eines Digitalen Zwillings“ mit dem Rhein-Kreis Neus. Wenn der Förderantrag positiv beschieden wird, wird zur Umsetzung des Digitalen Zwillings eine Ausschreibung erfolgen. Die Mittel, die durch die Gelder aus dem Förderantrag erzielt werden, sollen die Umsetzung des Digitalen Zwillings für die nächsten sechs Jahre sicherstellen.

Eine Datei, die über das Projekt Digitaler Zwilling im RKN informiert, ist über das Bürger- und Ratsinformationssystem in der Tagesordnung zu dieser Sitzung unter dem TOP Ö5 einsehbar. Über dem weiteren Fortgang des Projektes wird in den kommenden Sitzungen informiert werden.

Sachkundiger Bürger Müller erkundigt sich nach der Beteiligung der Bevölkerung und fragt, ob die Erstellung einer 3D-Karte von Meerbusch geplant ist und wie diese der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird.

CDO Dohmen erklärt, dass generell alle Ergebnisse im Projekt Digitaler Zwilling zur Verfügung gestellt werden. Die Aspekte des Datenschutzes werden dabei beachtet.

Sachkundiger Bürger Müller erklärt, dass aus den Mitteln der Fraktion Die Fraktion ein 3D-Modell von Meerbusch erstellt wurde und stellt dieses auf einem USB-Stick zur Verfügung.

6 Anträge

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

7 Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es liegt kein Bericht der Verwaltung vor.

9 Termin der nächsten Sitzung: 30.11.2022

Der Termin der nächsten Sitzung ist am 30.11.2022.

10 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Meerbusch, den 20. September 2022

Karl Trautmann
Ausschussvorsitzender

Sandra Kemper
Schriftführer/in